SPERRFRIST: 4. März 2025, 5.00 Uhr

SUCHT | SCHWEIZ

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2025

Das Geschäft mit der Sucht

PRÄVENTION | HILFE | FORSCHUNG

SPERRFRIST: 4. März 2025, 5.00 Uhr

Das Schweizer Suchtpanorama 2025

Welches sind die aktuellen Konsumtrends bei Alkohol, Tabak- und Nikotinprodukten, illegalen Drogen und psychoaktiven Medikamenten? Welche Probleme manifestieren sich beim Gebrauch digitaler Medien oder beim Glücks- und Geldspiel? Das jährlich erscheinende Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und gibt Empfehlungen für politische Massnahmen.

Inhalt

Das Geschäft mit der Sucht	3
Das Wichtigste in Kürze	6
Alkohol	8
Tabak- und Nikotinprodukte	13
Cannabis und illegale Drogen	18
Psychoaktive Medikamente	23
Glücks- und Geldspiel	29
Online-Aktivitäten	34

Auskünfte

Sucht Schweiz

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin
mportner-helfer@suchtschweiz.ch
021 321 29 74

Markus Meury
Mediensprecher
mmeury@suchtschweiz.ch
021 321 29 63

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2025

Das Geschäft mit der Sucht: Wo bleibt die gesellschaftliche Verantwortung?

Alkoholische Getränke, Tabak- und Nikotinprodukte, Glücks- und Geldspiele oder Videospiele bringen den betroffenen Branchen milliardenschwere Umsätze. Die Industrien haben ein enormes Interesse, wenn es darum geht, gesundheitspolitisch motivierte Gesetzesvorhaben abzuschwächen oder abzuwehren. Dazu kommen die Schwarzmärkte mit illegalen Substanzen.

Einen grossen Teil des Umsatzes macht die Suchtmittelindustrie auf dem Buckel von Menschen mit problematischem Konsum und ihren Angehörigen. Deren Leid ist nicht akzeptabel, umso mehr als dass dies auch hohe Kosten für die Allgemeinheit bedeutet: Die letzten Schätzungen gehen von volkswirtschaftlichen Kosten für Sucht von jährlich 7,9 Milliarden Franken aus. Zudem besteht eine heikle Verknüpfung zwischen den Einnahmen aus dem Tabak- und Alkoholkonsum resp. dem Glücks- und Geldspiel mit der Finanzierung der AHV, des Sports oder der Kultur.

Sucht hält im Konsum gefangen und führt bei vielen Betroffenen zur Einschränkung ihrer Autonomie im täglichen Leben. Anders als bei gewöhnlichen Konsumgütern kann bei Suchtmitteln der freie (Kauf-)Wille mit der Zeit eingeschränkt sein. Je nach Schädlichkeit des Produkts oder der Aktivität sind physische, psychische und finanzielle Schäden die Folge.

Der problematische Konsum und Suchtprobleme führen auch zu tiefgreifenden gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden, welche die Allgemeinheit trägt. Deshalb muss ein Ziel der Politik sein, die Suchtentwicklung zu verhindern.

Sucht als Geschäftsmodell

Die Suchtmittelindustrie und die Anbieter von Aktivitäten, die Sucht generieren können, schöpfen (absichtlich oder nicht) einen grossen Teil ihrer Gewinne dank Kunden, die einen problematischen Konsum oder ein problematisches Verhalten aufweisen, wie es sich in verschiedenen Bereichen zeigt:

- **Tabak und Nikotinprodukte:** Nikotin ist eine der am stärksten abhängig machenden Substanzen. Der grösste Teil des Einkommens der Tabakindustrie stammt von Menschen mit Nikotinabhängigkeit. Deshalb ist das erste Ziel dieser Industrie, die Nikotinabhängigkeit der Kunden aufrechtzuerhalten. Das Projekt der US-amerikanischen Food and Drug Administration (FDA), den Nikotingehalt in Zigaretten zu senken, hatte deshalb im Jahr 2018 dramatische Auswirkungen auf die Börsenkurse dieser Unternehmen.

- **Glücks- und Geldspiele:** Bereits vor der Zulassung von Onlinegeldspielen in der Schweiz im Jahr 2019 stammten 31 % der Einnahmen der Geldspielanbieter von den 5 % der Spielenden mit problematischer Nutzung.
- **Alkohol:** Etwa 4 % der Bevölkerung trinkt hierzulande rund einen Viertel des gesamten Alkohols. Ein erheblicher Teil des Umsatzes wird mit Menschen generiert, die einen besonders problematischen Konsum aufweisen.
- **Videospiele:** Das Geschäftsmodell der Mikrotransaktionen ist heute das dominierende Modell der Videospiel-Industrie. Bei diesen, darunter insbesondere bei den sogenannten Lootboxen, wird vermutet, dass sie zur Entwicklung einer Videospielsucht beitragen und die Nutzenden dauerhaft an ihre Produkte zu binden, damit sie weiterhin im Spiel Geld ausgeben.
- **Cannabis:** Nach einer Waadtländer Studie wird geschätzt, dass die 10 % der Konsumierenden, die (fast) täglich Cannabis konsumieren, die Hälfte des in der Waadt konsumierten Cannabis verbrauchen. Im Fall einer marktliberalen Neuregulierung wären diese (und auch neue Konsumierende) eine wichtige Zielgruppe für die Industrie.

Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden

Die Schäden durch Sucht sind enorm. In der Schweiz sterben jährlich mehr als 10 000 Menschen aufgrund von Suchtmitteln und die volkswirtschaftlichen Kosten belaufen sich auf mindestens 7,9 Milliarden Franken pro Jahr (vgl. Fischer et al. 2021). Diese Kosten tragen nicht die Produzenten, sondern die Gesellschaft als Ganzes. «Es ist nicht akzeptabel, dass Gewinne privatisiert und die Schäden auf die Allgemeinheit abgewälzt werden», betont Tania Séverin, Direktorin von Sucht Schweiz. Zwar profitieren vor allem die AHV, aber auch die Bundeskasse, die Kultur und der Sport von Steuerabgaben und Ausschüttungen von rund 3,5 Milliarden Franken pro Jahr. Doch diese Verknüpfung ist heikel, da sie als Argument zum Widerstand gegen die Gesundheitspolitik werden kann.

Die starke Rolle der Anbieter und der Lobbyarbeit

Weil es um ein Milliardengeschäft geht, bekämpft die Suchtmittelindustrie politische Massnahmen zur Regulierung und Suchtprävention meist erfolgreich. Die Unternehmen investieren kolossale Summen in Lobbyarbeit und Rechtsstreitigkeiten, um strengere Vorschriften abzuschwächen oder zu verhindern. Und wie beim Tabak und beim Geldspiel verweist die Industrie trotz massiver Promotion ihrer Produkte auf die Selbstverantwortung der Konsumierenden und die Selbstregulierung der Industrie.

Die Gesundheit muss Priorität haben

Die öffentliche Gesundheit muss oberste Priorität haben, vor der Gewinnmaximierung von einzelnen Industrien. Dabei kann sich die Schweiz an den erfolgreichen Regulierungen in Europa oder bezüglich des Cannabis in Quebec orientieren. Welches sind die drängendsten Handlungsfelder, um Sucht zu verhindern?

- **Schutz der Jugend:** Je früher ein regelmässiger Konsum einsetzt, desto grösser ist die Gefahr, eine Abhängigkeit zu entwickeln. Der Konsumeinstieg sollte daher verhindert oder zumindest hinausgezögert und der regelmässige Konsum verhindert werden. Beim Tabak und anderen Nikotinprodukten müssen Menthol und andere Einsteigehilfen verboten werden. Im Onlinebereich muss der Zugang von Kindern und Jugendlichen besser reguliert werden.
- **Werbebeschränkungen:** Werbung, die Jugendliche erreicht und solche, die einen attraktiven Lebensstil mit Suchtmitteln vorgaukelt, darf nicht länger zulässig sein.
- **Preispolitik:** Mindestpreise und steuerliche Massnahmen, die sich am Gehalt von Suchtmitteln (z. B. Alkohol, Nikotin) orientieren, könnten den problematischen Konsum verringern.
- **Reduzierung von suchtfördernden Elementen:** Über eine Reduktion des Nikotingehalts in entsprechenden Produkten sollte nachgedacht werden, die Gaming-Industrie muss klare Vorschriften zur Begrenzung von «Addiction Design» umsetzen, und Glücks- und Geldspiele benötigen strengere Regulierungen (z.B. im Bereich Player-Tracking und Werbung) und eine schnellere Sperrung illegaler Geldspielwebsites, um eine problematische Nutzung zu verhindern.
- **Cannabisregulierung:** Heute steht die Gesellschaft vor der historischen Aufgabe, den Cannabismarkt zu regulieren – und zwar so, dass die Gesundheit der Konsumierenden oberste Priorität hat. Dies geht nur mit einem nichtgewinnorientierten Markt und einem Fokus auf der Produktsicherheit.

Das Wichtigste in Kürze – Gesamtbevölkerung

Alkohol

Der tägliche Alkoholkonsum geht zwar zurück, aber das Rauschtrinken bleibt auf zu hohem Niveau. 12 % der Bevölkerung (15+) trinkt hierzulande die Hälfte des gesamten Alkohols – mit entsprechenden gesundheitlichen Folgeproblemen und über 1 500 Todesfällen pro Jahr. Bei rund der Hälfte der untersuchten Gewaltdelikte im öffentlichen Raum ist Alkohol im Spiel. Trotzdem bleibt die Politik untätig, um problematischem Konsum vorzubeugen. Die Verantwortung wird einseitig den Konsumierenden auferlegt. Dies kommt der Gesellschaft mit jährlichen Kosten von **2,8 Milliarden** Franken teuer zu stehen.

Tabak- und Nikotinprodukte

Bei der Umsetzung der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» spielt die Industrie ihren Einfluss im Parlament weiterhin aus und sucht nach Schlupflöchern für die Werbung. Doch jede Art von Werbung, die Kinder und Jugendliche erreicht, ist gemäss Verfassung verboten. Der Volkswille hat Vorrang vor finanziellen Interessen einer Industrie, welche die Jugend in die Abhängigkeit treibt.

Elektronische Einwegzigaretten sind bewusst für Jugendliche konzipiert und verbreiten zu einem grossen Teil deswegen den Nikotinkonsum unter dieser Zielgruppe. Um die Kinder und Jugendlichen zu schützen, braucht es unverzüglich ein nationales Verbot. Hier gehen die Kantone bereits voran.

Cannabis und andere illegale Drogen

In Kürze wird das Parlament einen Cannabis-Gesetzesentwurf beraten, der auf den ersten Ergebnissen der Pilotversuche basiert. Diese weltweit einzigartige Ausgangslage könnte zur Verabschiedung eines Regulierungsmodells führen, in dem der Gesundheitsschutz Priorität hat. Falls diese Vorlage jedoch abgelehnt würde, könnte dies zu einer neuen Legalisierungsinitiative führen, die dem Jugend- und Gesundheitsschutz weniger Gewicht geben würde.

Die Situation des Drogenkonsums und -handels im öffentlichen Raum bleibt angespannt. Im Rahmen der Vier-Säulen-Politik wurden nun teils beträchtliche Mittel für die Stärkung der bestehenden Massnahmen investiert, was aber nicht überall genügt. Neue Ansätze sind zu prüfen, die den Betroffenen helfen und die Situation im öffentlichen Raum beruhigen.

Psychoaktive Medikamente

Die Verkaufszahlen von Schlaf- und Beruhigungsmitteln sowie opioidhaltiger Schmerzmittel bleiben zwar seit einigen Jahren relativ stabil. Doch gleichzeitig begeben sich seit einigen Jahren zunehmend junge Menschen unter 25 Jahren mit problematischem Konsum von Schlaf- und Beruhigungsmitteln in Behandlung, in jüngster Zeit betrifft dies auch opioidhaltige Schmerzmittel.

Zudem scheinen Menschen in Situationen erhöhter Vulnerabilität besonders exponiert zu sein: Betagte, Alters- und Pflegeheimbewohner:innen, Asylbewerber:innen und Häftlinge.

Glücks- und Geldspiel

45 % der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren haben in den letzten 12 Monaten an einem Glücks- und Geldspiel teilgenommen, Lotterien werden dabei am meisten genannt. 4,3 % der Bevölkerung (15+) weisen im Jahr 2022 eine problematische Nutzung von Glücks- und Geldspielen auf. Höhere Risiken für eine problematische Nutzung finden sich bei Onlinespielen sowie Automatenspielen und Sportwetten. Junge Männer sind besonders betroffen. Gleichzeitig sind die Jugendlichen massiver Werbung ausgesetzt, vor allem auch von illegalen ausländischen Anbietern. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, das Marketing zum Schutz der Spielenden einzugrenzen.

Die Geldverluste der Spielenden nahmen weiter auf über zwei Milliarden Franken zu. Geldspielschulden sind eines der Hauptthemen bei Schuldenberatungen.

Online-Aktivitäten

Soziale Medien und Videospiele haben viele positive Aspekte. Sie sind aber auch kommerzielle Räume, die manipulative Mechanismen enthalten. Dazu zählen Algorithmen, die Daten über das Verhalten der Nutzenden gebrauchen – mit dem Risiko, in Bezug auf Ausgaben und Nutzungszeiten manipuliert zu werden. Dazu kommen Designs mit Glücks- und Geldspiel-Elementen. Das Geschäft mit der Aufmerksamkeit boomt: etwa 7 % der Bevölkerung ab 15 Jahren sind von problematischer Nutzung von Online-Diensten betroffen.

Angesichts des gezielt süchtig machenden Designs gewisser digitaler Produkte müssen Massnahmen dagegen ergriffen werden.

ALKOHOL

Trinken hat seinen Preis

Der tägliche Alkoholkonsum geht zurück. Die schlechte Nachricht aber ist: Das Rauschtrinken bleibt auf zu hohem Niveau.

12 % der Bevölkerung (15+) trinken hierzulande die Hälfte des gesamten Alkohols – mit entsprechenden gesundheitlichen Folgeproblemen. Alkohol ist eine der Hauptursachen für vorzeitige Sterblichkeit. Drei Männer und eine Frau sterben in der Schweiz jeden Tag an den Folgen von Alkoholkonsum. Bei rund der Hälfte aller untersuchten Gewaltdelikte im öffentlichen Raum ist Alkohol im Spiel. Doch in der Politik ist seit Jahren kein Gestaltungswille auszumachen, um problematischem Konsum vorzubeugen und Präventionsmassnahmen zu verstärken. Die Verantwortung wird einseitig den Konsumierenden auferlegt. Dies kommt der Gesellschaft mit jährlichen Kosten von 2,8 Milliarden Franken teuer zu stehen.

Redaktion: Monique Portner-Helfer; Gerhard Gmel; Florian Labhart

1. Aktuelle Situation

Wie Daten aus der jüngsten Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) von 2022 zeigen, trinken 83 % der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren Alkohol. Dieser Anteil hat sich in den letzten dreissig Jahren kaum verändert (1992: 84 %). Der Anteil der abstinenten Personen ist somit gleichgeblieben.

Rückgang beim täglichen Konsum, nicht aber beim Rauschtrinken

Der tägliche Konsum ging in den letzten 30 Jahren in den meisten Altersgruppen zurück. Er kommt nurmehr bei den heute älteren Generationen häufiger vor: 37 % der Männer ab 75 Jahren trinken täglich Alkohol. Der Alkoholverkauf pro Kopf belief sich 2023 auf 8,0 Liter reinen Alkohols pro Person der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren (2022: 8,4 L; 2001: 10,6 L). Pro Kopf trinkt im Durchschnitt jede Person (15+) insgesamt gut 45 Flaschen Wein à 0,75 Liter, 119 Dosen Bier à 0,5 Liter, 5 Flaschen Spirituosen à 0,7 Liter und 2 Flaschen Obstwein à 0,75 Liter (2023).

Alkoholkonsum ohne Risiko gibt es nicht[1]. Zwei Formen des Alkoholkonsums sind für die Gesundheit aber besonders problematisch: regelmässig zu viel trinken (chronisch risikoreicher Konsum) oder bei einer Gelegenheit zu viel trinken (Rauschtrinken). 2022 wiesen 4 % der Bevölkerung einen chronisch risikoreichen Alkoholkonsum[2] auf, wobei kein relevanter Unterschied nach Altersgruppe festzustellen ist. Während der chronisch risikoreiche Konsum tendenziell im Laufe der Jahre abgenommen hat, ist das Rauschtrinken[3] im Vergleich zum Jahr 2007 häufiger geworden (Anstieg zwischen 2007 und 2017; Stagnation zwischen 2017 und 2022). Bei den Frauen fällt der Anstieg deutlicher aus (von 6 % auf 11 %) als bei den Männern (von 16 % auf 19 %). 31 % der 15- bis 24-jährigen Männer betrinken sich mindestens einmal pro Monat.

Auch bei den Jugendlichen liegt Alkohol weit vorne

Bei den 15-Jährigen sind es hierzulande fast ein Viertel, die sich in den letzten 30 Tagen mindestens einmal in den Rausch getrunken haben[4]. Wie der internationale Bericht zur Schülerinnen- und Schülerstudie HBSC 2022 zeigt, ist Alkohol bei Weitem die am häufigsten konsumierte psychoaktive Substanz in den teilnehmenden Ländern. Die Schweiz liegt bei der Lebenszeitprävalenz (Konsum im bisherigen Leben) sowie beim Konsum in den letzten 30 Tagen im internationalen Vergleich ungefähr in der Mitte. So haben im Jahr 2022 43 % der 15-Jährigen in den letzten 30 Tagen Alkohol konsumiert. Länder wie Deutschland, Italien und Österreich weisen jeweils noch höhere Prävalenzen auf. Tiefere Prävalenzen finden sich u. a. in skandinavischen Ländern wie Schweden, Finnland oder Norwegen. Bei den 15-Jährigen ist der Anteil im Durchschnitt aller teilnehmenden Länder sowie in der Schweiz und Österreich seit 2014 relativ stabil geblieben. Hingegen scheint der Anteil in Italien und Deutschland angestiegen und in Frankreich gesunken zu sein.

[1] Anderson et al. (2023). Health and cancer risks associated with low levels of alcohol consumption. The Lancet Public Health, Volume 8, Issue 1, e6 - e7.
[2] Im Rahmen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung heisst dies: Sie tranken durchschnittlich pro Tag umgerechnet mind. zwei (bei Frauen) bzw. vier (bei Männern) Standardgläser eines alkoholischen Getränks.
[3] Rauschtrinken bedeutet im Rahmen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung, dass mind. vier Standardgläser (bei Frauen) bzw. fünf Standardgläser (bei Männern) eines alkoholischen Getränks während einer Trinkgelegenheit getrunken wird.
[4] In der HBSC-Befragung heisst dies, mindestens fünf alkoholische Getränke bei einer Gelegenheit.

Behandlungsnachfrage: am häufigsten wegen Alkohol

50 %
der Behandlungseintritte betrafen den Alkoholkonsum.

Die im Rahmen des Projekts act-*info* durchgeführte Institutionenbefragung zeigt, dass im Jahr 2023 in der Schweiz 50 % der Personen, die in professionelle Suchthilfeeinrichtungen eintraten, hauptsächlich wegen Alkoholkonsums behandelt wurden. Mehrheitlich (68 %) handelt es sich um Männer und das Durchschnittsalter liegt bei etwa 45 Jahren. Die Anzahl der eingetretenen Personen mit dem Hauptproblem Alkohol nahm in den letzten Jahren tendenziell zu. Bei 33 % der Beratungen über die Online-Plattform SafeZone war Alkohol im Jahr 2024 ein Thema.

Todesfälle: Drei Männer und eine Frau pro Tag

Ca. 1 500
Todesfälle pro Jahr wegen Alkohol

Alkoholkonsum ist eine der Hauptursachen für vorzeitige Sterblichkeit. Eine Schätzung für die Schweiz (2017) ergab, dass pro Jahr ca. 1 500 Personen zwischen 15 und 74 Jahren an den Folgen ihres Alkoholkonsums sterben. Das sind etwa drei Männer und eine Frau im Durchschnitt pro Tag. Die häufigsten alkoholbedingten Todesursachen sind Unfälle und Verletzungen (eher bei jungen Erwachsenen) sowie Krebserkrankungen und Leberzirrhose (eher ab der Lebensmitte).

Der Globale Statusbericht der Weltgesundheitsorganisation WHO über Alkohol, Gesundheit und die Behandlung von Substanzkonsumstörungen aktualisiert die globalen Auswirkungen des Alkohol- und Drogenkonsums auf die öffentliche Gesundheit. Weltweit leben schätzungsweise 209 Millionen Menschen mit Alkoholabhängigkeit. In der Schweiz wird die Zahl von Personen mit Alkoholabhängigkeit auf 250 000 geschätzt.

Alkohol am Steuer verursacht mehr als jeden 10. Unfall

Um Unfälle wirksam zu verhindern, müssten Fahrzeuglenkende mit regelmässigen Kontrollen rechnen, so die BFU. Über geplante und erfolgte Kontrollen breit zu kommunizieren, sei daher wichtig. Gemäss BFU war Alkohol bei fast 12 % der Unfälle mit schweren Personenschäden die Ursache. Die Situation in Bezug auf Alkoholunfälle hat sich in den letzten zehn Jahren nicht verbessert. Und laut TCS verursachte Alkohol am Steuer im Jahr 2023 25 tödliche Unfälle, wobei in den allermeisten Fällen ein Mann am Steuer sass.

Alkohol-Testkäufe zeigen beträchtlichen Handlungsbedarf

Die nationalen Resultate für das Jahr 2023 zeigen, dass nach wie vor zu vielen Jugendlichen in der Schweiz widerrechtlich Alkohol verkauft wird. In mehr als einem Viertel der Fälle wurde Alkohol an den getesteten physischen Verkaufspunkten illegal verkauft. Und im Online-Bereich weisen die Resultate auf eine weitgehende Nichteinhaltung des Gesetzes hin. Die Testkäufe wurden von öffentlichen oder privaten Institutionen durchgeführt und von Sucht Schweiz ausgewertet.

2. Politik

Das nationale Parlament beschäftigt sich seit einiger Zeit nicht mehr mit dem Thema Alkohol, was in Anbetracht der Problemlage Besorgnis erregend ist. Ein Podcast eines Parlamentariers offenbart, dass problematischer Alkoholkonsum unter Parlamentsmitgliedern durchaus ein Thema ist. Da stellt sich die Frage, ob diese Normalisierung dazu beiträgt, dass sich das Parlament schwertut, Alkohol griffiger zu regulieren. Eine positive Neuerung betrifft die Testkäufe: Seit Anfang Oktober 2024 besteht mit dem Lebensmittelgesetz die rechtliche Grundlage, die es allen Kantonen erlaubt, Verkaufsstellen bei Testkäufen im Auftrag der kantonalen Behörden mit einer Strafe zu belegen.

In den Kantonen stehen die Zeichen teilweise auf Deregulierung, wie das Beispiel aus Zug zeigt. Der Kantonsrat hat sich im letzten September für die Abschaffung des Ausschankverbots an Betrunkene ausgesprochen.

In Anbetracht des politischen Stillstands setzen die jährlich stattfindenden Projekte wie die Nationale Aktionswoche für Kinder von Eltern mit Suchterkrankung, der Nationale Aktionstag Alkoholprobleme und der zunehmend bekannter gewordene Dry January einige Akzente für die Sensibilisierung.

Gewinnmaximierung behindert Gesundheitspolitik

Vier Branchen verantworten ein Drittel aller Todesfälle weltweit.

Vier Produkte – Tabak und Nikotin, stark verarbeitete Lebensmittel, fossile Brennstoffe und Alkohol – sind jährlich für 19 Millionen und damit 34 % aller Todesfälle weltweit verantwortlich. In der Europäischen Region werden die Todesfälle auf jährlich 2,7 Millionen geschätzt, moniert ein Bericht der WHO im letzten Jahr. Er verdeutlicht, wie grosse Industrien chronische Erkrankungen begünstigen und die Gesundheitspolitik behindern. Die Praktiken zur Gewinnmaximierung würden die Ungleichheit und das Vorkommen von Krebs, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und chronischen Atemwegserkrankungen verstärken und ein Hindernis für Präventionsmassnahmen darstellen.

Der omnipräsenten Werbung mehr entgegenstellen – u. a. mit Warnhinweisen

In diesem Kontext sei eine Analyse von verschiedenen Untersuchungen zu den Auswirkungen von Alkoholmarketing und -werbung erwähnt. Sie zeigt, dass Werbung mit erhöhter Trinkabsicht, erhöhtem Konsum und problematischem Alkoholkonsum verbunden ist. Es bedarf noch weiterer Forschung, um die festgestellten Korrelationen zu verstehen.

Eine im «The Lancet» publizierte Studie berichtet von Gesundheitswarnungen als wirksame und europaweit akzeptierte Massnahme, um namentlich das Wissen über die krebserregende Wirkung von Alkohol zu verbessern. (Siehe auch der Bericht der WHO/Europa)

Preisgestaltung gegen Billigstalkohol wirkt

Eine aktuelle Studie untersuchte die möglichen Auswirkungen der Steuergestaltung für England und kam zum Schluss: Alkoholsteuerstrukturen, die auf dem Alkoholgehalt basieren, können die öffentliche Gesundheit gezielt verbessern.

3. Unsere Forderungen

Sucht Schweiz fordert Massnahmen, um das Geschäft mit der Sucht und dem Problemkonsum zu bremsen, damit Schäden und menschliches Leid verhindert oder vermindert werden.

→ Alkoholbesteuerung muss überdacht werden

Wein wird in der Schweiz nicht besteuert, Bier sehr tief. Die Preispolitik ist weitgehend Sache der Industrie. Gemäss Studien können Mindestpreise gegen Billigstalkoholika dem Konsum von Risikogruppen (Jugendliche, Menschen mit Problemkonsum) vorbeugen. Zudem hat die Besteuerung gemäss Alkoholgehalt ein gesundheitspolitisch grosses Potenzial. Gleichzeitig könnte ein Teil der Steuer für Präventionsmassnahmen eingesetzt werden.

→ Es braucht Gesundheitswarnungen auf Behältern

Es braucht mehr, um dem teils aggressiven Marketing entgegenzuwirken. Warnhinweise (z. B. Warnsymbole auf Flaschen in Bezug auf die Schwangerschaft) erweisen sich als effektive Massnahme zur Risikominderung. Erforderlich wären zudem Nährwertkennzeichnungen wie sie auf Lebensmitteln üblich sind.

→ Nachtverkaufsverbot landesweit einführen

Ein Nachtverkaufsverbot (im Take-Away) ist gerade bei jungen Menschen wirksam, die Alkohol oft spontan einkaufen. In den Kantonen Genf und Waadt, welche dieses «Régime de nuit» seit einigen Jahren umsetzen, wurden weniger Spitaleinlieferungen aufgrund einer Alkoholvergiftung verzeichnet.

→ Alkoholverkauf nur mit Ausweis-Check

Um die Rate an illegalen Verkäufen an Kinder und Jugendliche zu senken, muss das Verkaufsverbot strikt umgesetzt werden. Hierzu drängt sich das automatische Vorweisen einer Identitätskarte beim Kauf von Alkohol auf, online und auch in physischen Verkaufsorten – wie bereits in anderen Ländern üblich. Technische Hilfsmittel für das Verkaufspersonal sowie wiederholt durchgeführte Testkäufe stärken den Jugendschutz zusätzlich.

→ Keine Werbung, die Jugendliche erreicht

Alkohol ist kein gewöhnliches Konsumgut. Es braucht daher ein Verbot aller Formen von Sponsoring und Werbung, die junge Menschen erreichen, sowie von Werbung, die diese Produkte mit einem positiven Lebensstil verbindet. Das Verbot der Lifestyle-Werbung wird seit Jahrzehnten bei Spirituosen angewandt und müsste endlich für alle übrigen Alkoholika gelten.

TABAK- UND NIKOTINPRODUKTE

Jetzt braucht es Nägel mit Köpfen

Die Umsetzung der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» ist in einer entscheidenden Phase. Die Industrie spielt ihren Einfluss im Parlament unvermindert aus und sucht nach Schlupflöchern für die Werbung. Doch jegliche Werbung, die Kinder und Jugendliche erreicht, ist gemäss Initiative fortan nicht mehr zulässig. Verstösst das Parlament dagegen, verletzt es die Verfassung. Der Volkswille hat Vorrang vor finanziellen Interessen einer Industrie, welche die Jugend in die Abhängigkeit treibt.

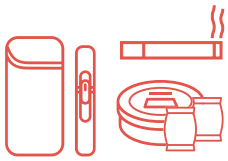
Bei den elektronischen Einwegzigaretten gibt es Bewegung – vorerst vor allem in den Kantonen, wo Verkaufsverbote beschlossen oder geplant sind. Um Kinder und Jugendliche vor diesen gesundheitlich (und auch ökologisch) fragwürdigen Produkten zu schützen, braucht es unverzüglich ein nationales Verbot. Das ist umso drängender, weil der Nikotinkonsum unter Jugendlichen gerade wegen solcher Produkte ansteigt.

Redaktion: Markus Meury; Monique Portner-Helfer; Rachel Stauffer Babel; Gerhard Gmel

1. Aktuelle Situation

Jugendliche: Nikotinkonsum nimmt insgesamt zu

Konsum bei 15-Jährigen (2022):



Ca. 36% haben in den letzten 30 Tagen mindestens ein Tabak- und/oder Nikotinprodukt konsumiert

Die Palette der Nikotinprodukte wird laufend grösser. Kinder und Jugendliche sollten sie nicht konsumieren, da ihr Gehirn besonders anfällig für die Entwicklung einer Abhängigkeit ist.

Die repräsentative Schülerinnen- und Schülerstudie «Health Behaviour in School-aged Children» (HBSC) vom Jahr 2022 zeigt, dass rund ein Drittel der 15-Jährigen in den letzten 30 Tagen vor der Befragung mindestens ein Tabak- oder Nikotinprodukt konsumiert hat. Der Konsum **herkömmlicher Zigaretten** bleibt ähnlich hoch wie vier Jahre zuvor. Eine Zunahme gab es aber bei weiteren Nikotinprodukten. Der Konsum von **E-Zigaretten**, darunter elektronische Einwegzigaretten, an mindestens 10 Tagen im Laufe der letzten 30 Tage betrifft 7 % der Jungen und 8 % der Mädchen im Alter von 15 Jahren. Dieser häufige Konsum nahm im Vergleich zu 2018 vor allem bei den Mädchen zu. **Tabakerhitzer** wurden von 4 % der Jungen und 3 % der Mädchen im Alter von 15 Jahren mindestens einmal in den letzten 30 Tagen gebraucht. Dies ist drei Mal mehr als im Jahr 2018. Betrachtet man die 13-Jährigen, so rauchten 6 % der Mädchen und ebenso viele Jungen mindestens einmal im Monat klassische Zigaretten, was im Vergleich zu 2018 eine Verdoppelung darstellt.

Jugendliche sind laut einer Studie von Sucht Schweiz auf Schritt und Tritt Konsumanreizen ausgesetzt. Gerade im Internet und in den sozialen Medien sehen Jugendliche oft Nikotinwerbung, wie auch eine Studie von Unisanté zeigte.

Erwachsene: andere Produkte kompensieren Rauchrückgang

Diversifizierung: Weitere Nikotinprodukte werden laufend beliebter

Gemäss der Schweizerischen Gesundheitsbefragung von 2022 rauchen[1] 24 % der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren zumindest gelegentlich, 16 % tun dies täglich. Dies bedeutet einen Rückgang von je drei Prozentpunkten im Vergleich zu 2017. Rauchen ist unter Männern mit einem Anteil von 27 % (2022) generell verbreiteter als unter Frauen mit 21 %. Insgesamt sind die Geschlechterunterschiede kleiner geworden.

Umgekehrt werden andere Nikotinprodukte, deren Schadenpotenzial erst mit den Jahren genauer eruiert werden kann, immer mehr konsumiert. Nach der Erhebung Gesundheit und Lifestyle konsumierten im Jahr 2023 rund 29,1 % der Bevölkerung ab 15 Jahren mindestens gelegentlich Nikotinprodukte, 15,7 % täglich. Zu einzelnen Produkten sind bereits Details zur Befragung im Jahr 2024 bekannt:

- 4,3 % der Bevölkerung konsumierten monatlich E-Zigaretten. Dieser Anteil hat seit 2022 zugenommen. Rund die Hälfte dieser Konsumierenden dampft täglich. Der Konsum von E-Zigaretten ist bei jungen Menschen besonders verbreitet: 9,2 % der 15- bis 19-Jährigen und 8,0 % der 20- bis 24-Jährigen gaben 2024 an, mindestens einmal im Monat E-Zigaretten zu konsumieren. Diese Produkte werden etwa zur Hälfte von Personen konsumiert, die auch herkömmliche Zigaretten rauchen.

Etwa die Hälfte

der Personen, die E-Zigaretten konsumieren, rauchen auch herkömmliche Zigaretten

[1] Die Teilnehmenden wurden in der Erhebung gefragt, ob sie rauchen (einschliesslich Tabakprodukte zum Erhitzen, aber ohne elektronische Zigaretten).

– 3 % der Bevölkerung konsumierten mindestens monatlich Tabakprodukte zum Erhitzen (2022: 2,8 %). Rund drei Viertel der Nutzenden konsumieren täglich (2,2 % der Bevölkerung). Etwas mehr als die Hälfte der Personen, die Tabakprodukte zum Erhitzen konsumieren, rauchen auch herkömmliche Zigaretten.

Passivrauchexposition weiter rückläufig

Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen im Jahr 2010 ist die Passivrauchexposition weiter zurückgegangen. 2007 waren 16 % der Nichtrauchenden mindestens eine Stunde pro Tag dem Passivrauchen ausgesetzt. Im Jahr 2022 liegt dieser Anteil bei 4 %.

Risiken bleiben auch bei Konsumrückgang hoch

Drei Viertel der Bevölkerung sind sich bewusst (2022), dass der Tabakkonsum die wichtigste Ursache für vorzeitige, vermeidbare Todesfälle ist. Gleichzeitig denkt die Hälfte der Bevölkerung irrtümlich, dass sich das Gesundheitsrisiko halbiert, wenn der Tabakkonsum halbiert wird. Selbst wenn man den Konsum um die Hälfte reduziert, reduziert man das Risiko um weniger als die Hälfte[2].

Teilweise illegale Marketingpraktiken

E-Zigaretten mit zu hohem Nikotingehalt und Snus mit falsch angebrachten Warnhinweisen.

Die AT Schweiz berichtete, dass viele Einweg-E-Zigaretten mit einem zu hohen Nikotingehalt illegal über Onlineplattformen verkauft werden. Sie forderte Behörden und Händler auf, diesen Verkauf zu stoppen. Weiter wies die Organisation darauf hin, dass Warnhinweise auf Snus-Verpackungen oft gesetzeswidrig versteckt seien. Das Bundesgerichtsurteil vom 1. März 2024 betonte denn auch, dass solche Hinweise auf der sichtbarsten Seite der Verpackung platziert werden müssen.

Die Zigarettenindustrie will zudem mit verkappten Rabatten die Kundschaft bei der Stange halten. Neue «Big Pack»-Pakete mit 25 Zigaretten und mehr statt der üblichen 20 werden zu günstigen Preisen feilgeboten.

Die Anzahl verkaufter *industrieller* Zigaretten betrug im Jahr 2024 gut 8 Milliarden Stück. Dies sind über 1 000 Stück im Schnitt pro Person ab 15 Jahren. Während diese Zahl im Laufe der letzten 20 Jahre rückläufig ist, hat die Einfuhr von Tabak für Zigaretten zum selbst Drehen nach Angaben der Zollverwaltung zwischen 2014 und 2022 um 50 % auf knapp über 1 000 Tonnen pro Jahr zugenommen.

Kosten von mindestens 3,9 Milliarden Franken pro Jahr

Alleine das Rauchen (ohne den Konsum von anderen Nikotinprodukten und Passivrauch) führte im Jahr 2017 in der Schweiz zu geschätzten volkswirtschaftlichen Kosten von 3,9 Milliarden Franken pro Jahr. Davon betragen die Kosten für das Gesundheitswesen über 3 Milliarden Franken.

[2] Schane RE, Ling PM, Glantz SA. Health effects of light and intermittent smoking: a review. Circulation. 2010 Apr 6; 121(13): 1518-22. doi: 10.1161/ CIRCULATIONAHA.109.904235. PMID: 20368531; PMCID: PMC 2865193.

2. Politik

67 %

der Bevölkerung in der Schweiz sind für ein generelles Werbeverbot für Tabakprodukte (2022).

Das neue Tabakproduktegesetz trat am 1. Oktober 2024 in Kraft. Dieses schreibt für die ganze Schweiz u. a. ein Mindestalter von 18 Jahren für die Abgabe von sämtlichen Nikotinprodukten vor. E-Zigaretten und Tabakerhitzer werden neu in den Passivrauchschutz einbezogen und es besteht eine rechtliche Grundlage für kantonale Behörden, bei Testkäufen Sanktionen auszusprechen.

Umsetzung der Initiative «Kinder ohne Tabak»: Steiniger Weg

Der Einfluss der Industrie auf die Politik in der Schweiz ist stark. Dies zeigt sich u. a. beim Tabaklobby-Index 2023. Mit dem zweitletzten Platz unter 90 Ländern gilt die Schweiz als besonders empfänglich für die Interessen der Tabak- und Nikotinindustrie. Weiter zeigt sich dieser Einfluss bei der harzigen Umsetzung der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak». Die Gesundheitskommission des Nationalrats wollte im letzten Oktober ein Schlupfloch für die Promotion von Zigarillos schaffen. Wichtig ist, dass weder die Verkaufsförderung durch mobiles Personal noch das Sponsoring (z. B. von Festivals) Jugendliche erreichen darf. Das Inkrafttreten des gemäss der Volksinitiative angepassten Tabakproduktegesetzes ist frühestens im Jahr 2026 zu erwarten.

Verbot von elektronischen Einwegzigaretten

Elektronische Einwegzigaretten sollen gemäss eines parlamentarischen Vorstosses wegen ihrer klimaschädlichen und gesundheitsgefährdenden Wirkung verboten werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion des Waadtländer Grünen-Nationalrats Christophe Clivaz angenommen. Mehrere Kantone gehen bereits voran. So sollen elektronische Einwegzigaretten in den Kantonen Jura und Wallis aus dem Detailhandel verschwinden. Auch das Kantonsparlament in Basel-Stadt hat dies beschlossen, aber der Regierungsrat sieht dies in der Kompetenz des Bundes. Auch in den Kantonen Tessin, Bern, Solothurn, Schaffhausen und Waadt sind Vorstösse hängig, im Baselland wurde ein solcher knapp abgelehnt. Frankreich und Belgien haben ein entsprechendes Verbot bereits beschlossen.

Seit Mitte Juli verbietet der Kanton Waadt die Werbung für E-Zigaretten an öffentlichen Orten oder Veranstaltungen, die für Jugendliche zugänglich sind – ebenso den Konsum in geschlossenen Innenräumen. Bereits zuvor untersagte der Kanton Wallis die Werbung für Tabakprodukte an öffentlich zugänglichen privaten Orten, welche für Minderjährigen erreichbar sind. Solange die Initiative «Kinder ohne Tabak» nicht umgesetzt ist, gehen die Kantone voran.

Mit einem Postulat fordert Niklaus-Samuel Gugger (EVP) die Erhöhung der Tabaksteuer zu Gunsten der AHV. Der Bundesrat ist bereit, die aufgeführten Fragen im Rahmen der Erfüllung des Postulats der WAK-N (23.3588 «Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte») zu beantworten.

3. Unsere Forderungen

Sucht Schweiz fordert Massnahmen, um den Einfluss der Industrie und das Geschäft mit dem sich laufend diversifizierenden Nikotinmarkt einzudämmen, damit Schäden und menschliches Leid verhindert oder vermindert werden. Die effektivsten und günstigsten Massnahmen zur Senkung der Raucherquote, wie ein Werbeverbot, Preiserhöhungen und neutrale Zigarettenpackungen, sind in der Schweiz noch nicht umgesetzt, obwohl sie vor allem bei Jugendlichen wirksam sind.

→ Volksinitiative jetzt verfassungsgemäss umsetzen

Das Parlament ist verpflichtet, die Initiative «Kinder ohne Tabak» im Rahmen einer Teilrevision des Tabakproduktegesetzes umzusetzen. Der Bundesrat und alle unabhängigen Verfassungsrechtler:innen haben einhellig dargelegt, dass die Verfassung verletzt würde, wenn bei der Umsetzung des von Volk und Ständen erteilten Gesetzesauftrages Ausnahmen vom Verbot der Tabakwerbung, welche Kinder und Jugendliche erreicht, möglich bleiben.

→ Neue Altersgrenze beim Verkauf durchsetzen

Die seit dem letzten Oktober schweizweit geltende Altersgrenze von 18 Jahren für den Verkauf von Tabak- und Nikotinprodukten muss jetzt in der Praxis greifen. Dazu braucht es Kontrollen der Umsetzung mit Testkäufen durch die Behörden, sowohl in physischen Verkaufsorten und vor allem auch im Internet.

→ «Puff Bars»: Verbot als nationale Priorität setzen

Das bereits in einigen Kantonen beschlossene Verbot von elektronischen Einwegzigaretten muss nun auch auf der Ebene des Bundes eingeführt werden. Es gibt aus gesundheitlicher (wie ökologischer Sicht) zahlreiche Argumente für ein Verbot solcher Produkte, die junge Konsumierende besonders ansprechen und in den Nikotinkonsum führen.

→ Nikotinkonsum (bestenfalls) aussetzen

Wenn Konsumierende von herkömmlichen Zigaretten vollständig auf nicht brennbare Produkte umsteigen, können sie die Schäden für die Gesundheit vermindern. Noch besser ist ein vollständiger Ausstieg aus dem Nikotinkonsum. Der Rauchausstieg wird hierzulande zu wenig gefördert: Beispielsweise sollten die erwiesenermassen hilfreichen medizinischen Nikotinersatzprodukte von den Krankenkassen bezahlt werden.

→ Mehr Kontrollen bei den Produkten ansetzen

Gesetze sind dazu da, eingehalten und durchgesetzt zu werden. Solange kein Verkaufsverbot von elektronischen Einwegzigaretten besteht, muss der Verkauf von nicht gesetzeskonformen Produkten (zu hoher Liquid- und Nikotingehalt) unterbunden werden. Dasselbe gilt für die Warnhinweise auf Snus-Verpackungen, die laut Bundesgerichtsurteil gut sichtbar auf die Vorderseite gehören.

CANNABIS UND ILLEGALE DROGEN

Am Scheideweg

In Kürze wird sich das Parlament mit einem Cannabis-Gesetzesentwurf befassen, der auf den ersten Ergebnissen der schweizweit durchgeführten Pilotversuche beruht. Diese weltweit einzigartige Ausgangslage könnte zur Verabschiedung eines Cannabis-Regulierungsmodells führen, in dem der Gesundheitsschutz Priorität hat. Sollte die im Parlament erarbeitete Vorlage jedoch abgelehnt werden, würde wohl erneut eine Legalisierungsinitiative lanciert, die dem Jugend- und Gesundheitsschutz weniger Gewicht geben würde.

In verschiedenen Schweizer Städten bleibt die Situation des Drogenkonsums und -handels gerade im öffentlichen Raum angespannt. Im Zuge einer Aktualisierung der Vier-Säulen-Politik wurden in den letzten zwei Jahren teils beträchtliche Mittel für die Stärkung der bestehenden Massnahmen investiert. Doch scheint dies nicht in allen Städten auszureichen. Darum sind neue Ansätze zu prüfen, die den Betroffenen helfen und die Situation im öffentlichen Raum beruhigen.

Redaktion: Frank Zobel; Florian Labhart; Jonathan Chavanne; Robin Udrisard; Ivo Krizic

1. Aktuelle Situation

Nicht nur Jugendliche konsumieren Cannabis

Die aktuellsten Daten zum Cannabis-Konsum stammen allesamt aus dem Jahr 2022. Laut Schweizerischer Gesundheitsbefragung (SGB) haben 4,0 Prozent der 15- bis 64-Jährigen in der Schweiz in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert mit der grössten Prävalenz bei den Männern (5,5 %) und bei den 15- bis 24-Jährigen (8,7 %). Die Erhebung Gesundheit und Lifestyle 2022 (EGL) wies geringfügig höhere Zahlen und markantere Unterschiede aus: Die Monatsprävalenz der über 15-Jährigen betrug bei den Männern 7 Prozent, bei den 15- bis 24-Jährigen 12,7 Prozent. Bei den Schülern ergab die HBSC-Studie, dass 20,8 Prozent der Buben und 16,1 Prozent der Mädchen mit 15 Jahren schon einmal Cannabis konsumiert haben. Laut SGB ist der Cannabis-Konsum in der Schweiz stabil. Im internationalen Vergleich ist die Prävalenz bei den Erwachsenen ähnlich gross wie in den deutschsprachigen Nachbarländern Deutschland und Österreich, jedoch kleiner als in Frankreich und Italien.

Die Cannabispilotversuche haben Bevölkerungsgruppen erreicht, die sonst kaum sichtbar sind.

Die Cannabispilotversuche haben Bevölkerungsgruppen erreicht, die sonst kaum sichtbar sind. Aus verschiedenen Pilotprojekten (z.B. in Genf, Lausanne und Zürich) wird berichtet, dass das Durchschnittsalter der Versuchsteilnehmenden 35 Jahre beträgt, viele über 40 Jahre alt sind und seit mehr als 10 Jahren regelmässig Cannabis konsumieren. Dies erinnert daran, dass Cannabis, das oft mit der Jugend in Verbindung gebracht wird, auch von anderen Altersgruppen konsumiert wird.

Laut SGB 2022 hat rund 1 Prozent der Gesamtbevölkerung (15-64 Jahre) in den letzten 12 Monaten Kokain konsumiert.

Kokain ist die am zweithäufigsten konsumierte illegale Substanz in der Schweiz. Laut SGB 2022 hat rund 1 Prozent der Gesamtbevölkerung (15-64 Jahre) in den letzten 12 Monaten Kokain konsumiert. Dies ist weniger als in den Nachbarländern. Doch ergeben gezieltere Studien äusserst hohe Prävalenzen für gewisse Altersgruppen und Settings. Abwasseranalysen zeigen, dass die Schweizer Städte zu den europäischen Städten mit dem grössten Pro-Kopf-Konsum von Kokain gehören. Auch die Nachfrage nach Kokaintherapien ist steigend, während der Konsum in den Kontakt- und Anlaufstellen mehrheitlich Crack betrifft. Der steigende Reinheitsgrad bei sinkenden Preisen verweist zudem auf eine grosse Konkurrenz im Schweizer Kokainmarkt.

Bei den anderen illegalen Drogen ist das Bild recht unklar. Für Heroin ergibt die Datenlage immer noch einen stabilen bis leicht rückläufigen Konsum. Für die anderen bekannten Substanzen (insb. Ecstasy und [Meth-] Amphetamin) und die neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) liegen kaum Daten vor, die eine Lageeinschätzung ermöglichen. Die Analysen beim Drug-Checking zeigen, dass die synthetischen Cathinone wie die Methylmethcathinone (2-, 3- und 4-MMC) und die Chloromethcathinone (3- und 4-CMC) immer noch stark präsent sind. Auch der Ketamin-Konsum ist besorgniserregend. In einer kürzlichen Online-Studie wurden 151 Konsumierende dazu befragt. Es hat sich gezeigt, dass Ketamin oft mit Mischkonsum verbunden ist, meist zwar nur niedrigdosiert, vereinzelt aber auch in grossen Mengen.

2. Politik

10 000

Personen nehmen an einem Pilotversuch zum regulierten Verkauf von Cannabis in der Schweiz teil

Schweiz und Deutschland: Debatte zur Cannabis-Legalisierung

In der Schweiz hat der Bund bisher sieben Pilotversuche zum Cannabis-Verkauf bewilligt. Fünf wurden durch die öffentliche Hand initiiert (Basel-Stadt, Bern mit Biel und Luzern, Genf, Lausanne und Stadt Zürich), zwei durch private Unternehmen und Personen (in Basel-Landschaft und Zürich). Es kann von rund 10 000 Teilnehmenden ausgegangen werden. Das BAG hat eine externe Studie in Auftrag gegeben, um die Resultate zusammenzustellen. Ein erster Bericht weist auf Unterschiede zwischen nicht gewinnorientierten Modellen (von Behördenseite) und gewinnorientierten bzw. Gewinn simulierenden (von privaten Anbietern) hin. Offenbar wenden sich Letztere in Ihrer Kommunikation öfter an junge Erwachsenen und geben der Bewerbung ihrer Projekte oder Produkte (z.B. über Merchandising) mehr Raum.

Zudem arbeitet das Parlament in Erfüllung der parlamentarischen Initiative Siegenthaler einen Gesetzesentwurf aus, mit dem Cannabis in der Schweiz künftig reguliert werden soll. Der Entwurf wurde von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates genehmigt, wird bald in die Vernehmlassung geschickt und soll schliesslich vom Plenum verabschiedet werden. Sollte dieser Entwurf wie vorgeschlagen angenommen werden, könnte eine Cannabis-Regulierung mit starken gesundheitspolitischen Zielen resultieren.

Im Ausland hat Deutschland ein System eingeführt, das den Besitz und Anbau von Cannabis zum persönlichen Konsum zu Hause oder in Anbauvereinen ermöglicht. Doch könnte die Umsetzung samt ihrem nächsten Schritt, den regionalen Pilotversuchen, durch die kommenden Bundestagswahlen verzögert oder gar verhindert werden.

Synthetische Opioide: Bereitschaft in der Schweiz, Rückschritt in Nordamerika

In Nordamerika herrscht seit knapp drei Jahrzehnten eine opioidbedingte Krise, die zu über 1 Million Todesfällen seit den 1990er Jahren geführt hat. Aktuell prägend sind starke synthetische Opioide wie Fentanyl und Nitazene. Produziert werden sie in Asien und Mexiko und werden rein oder als Beimischprodukt mit Kokain, Methamphetamin, gefälschten Schmerzmitteln oder Benzodiazepinen usw. gehandelt. Täglich verursachen sie mehrere Hundert überdosisbedingte Todesopfer.

Die Befürchtung, diese Substanzen könnten auch in die Schweiz gelangen, ist nicht neu. Bislang gab es aber nur einige wenige Beschlagnahmungen, meistens im Zusammenhang mit Onlinebestellungen. Doch seit die Taliban den Opiumanbau in Afghanistan verboten haben, was zu Heroinengpässen in Europa führen könnte, werden solche Ängste beflügelt.

Dies noch zusätzlich, seit europäische Länder wie Irland akut mit Nitazen-Problemen konfrontiert wurden. Darum hat die Stadt Zürich einen Massnahmenplan erarbeitet, um auf die synthetischen Opioide zu reagieren. Dies hat weitere Lokalbehörden (Basel-Stadt, Genf usw.), aber auch das BAG ermutigt, sich der Frage zu stellen. In Zürich hat sich gezeigt, dass das Bereitschaftsniveau in gewissen Punkten (Verfügbarkeit von Naloxon, Meldesystem usw.) unzureichend und verbesserungswürdig ist.

Einige US-amerikanische Bundesstaaten und kanadische Provinzen, die wie die Schweiz der 1990er Jahre schrittweise Schadenminderungsmassnahmen eingeführt hatten, kriminalisieren wieder den Konsum oder schaffen Konsumräume wieder ab. Trotz der laufenden Gesundheitskatastrophe werden diese in der Schweiz und in Europa als wirkungsvoll erachteten Ansätze wieder aufgegeben, weil sie teils als Ursache des Problems dargestellt werden, obwohl sie doch eigentlich ein nötiger Teil der Lösung sind.

Drogen im öffentlichen Raum und Crackkonsum: viel Ratlosigkeit und neue Ansätze

Seit 2023 berichten viele Schweizer Städte von Problemen mit dem Drogenkonsum im öffentlichen Raum: steigender Konsum, Strassendeal und immer häufiger auch Crackkonsum. Diese Problematik bleibt in vielen Städten wie Chur oder Lausanne in den Schlagzeilen. Aber auch in anderen Städten, wie Genf oder Basel, bleibt die Situation prekär. In den letzten zwei Jahren wurden Geldmittel für Kontakt- und Anlaufstellen (verlängerte Öffnungszeiten bzw. Schaffung neuer Räume), die Intensivierung der sozialen, medizinischen und polizeilichen Strassenarbeit, die Schaffung neuer Unterkünfte und Mahlzeitangebote investiert. Dies waren allesamt Antworten auf eine Situation, die sich hierzulande wie in den Nachbarländern schnell verschlechtert hatte.

Die kontrollierte Verschreibung oder Abgabe von Kokain für die gefährdetsten Personen wird als möglicher Lösungsweg diskutiert.

Die Gesundheitsakteure (SSAM, EKSN usw.) haben neue Lösungsansätze angesprochen, um die gesundheitlichen und sozialen Herausforderungen des verbreiteten Kokain- und Crackkonsums in den Griff zu bekommen. Eine von ihnen ist die kontrollierte Kokainverschreibung oder -abgabe, um die gefährdetsten Personen vom Schwarzmarkt zu holen und in angemessene ärztliche Betreuung zu bringen.

3. Unsere Forderungen

→ Cannabis: Die öffentliche Gesundheit ist zentral

Die seit zwölf Jahren weltweit rollende Welle von Cannabislegalisierungen hat nun auch Europa erreicht: Luxemburg, Malta und Deutschland haben erste Schritte in diese Richtung getan, während die Niederlande die legale Belieferung ihrer *Coffee Shops* prüfen. Auch dort, wo Cannabis bereits legalisiert wurde (Kanada, Uruguay und rund die Hälfte aller US-Bundesstaaten), gibt es keine Hinweise auf Rückschritte. Doch lässt sich feststellen, dass eine liberale Regulierung mit Konkurrenzbildung problematische Folgen haben kann, etwa wenn die Produkte gefährlicher und die Preise tiefer sind als auf dem Schwarzmarkt.

Es ist wichtig, die Lehren aus Nordamerika zu ziehen. Produktion und Vertrieb von Cannabis lassen sich durchaus mit gesundheitspolitischen Zielen vereinbaren. Einige Pilotversuche in der Schweiz beweisen dies gerade, und im grossen Massstab gilt dies bereits seit 2018 für die kanadische Provinz Quebec.

Heute haben die Schweizer Parlamentarier:innen die Chance, eine Cannabis-Regulierung mit gesundheitspolitischen Zielen zu schaffen und so international ein starkes Signal zu setzen. Sollte das Parlament den Gesetzesentwurf aber ablehnen, ist eine Volksinitiative zur Legalisierung von Cannabis wahrscheinlich, die wohl aber kleinere gesundheitspolitische Ambitionen hätte.

→ Kokain und Crack: Zusammenarbeit statt Polemik

Die grosse Stärke der schweizerischen Drogenpolitik mit ihren vier Säulen ist, dass sie den Dialog zwischen den betroffenen Akteuren (Sozialarbeit, Gesundheit, Sicherheit, Politik) herstellt, um nach pragmatischen Lösungen zu suchen. Dieser Vorzug ist heute zentral, um sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen: ein volatiler, oft unvorhersehbarer Drogenmarkt, eine verschlechterte gesundheitliche und soziale Lage vieler Drogenkonsumierender, die Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit von Teilen der Jugend sowie die teils vorhandenen Ängste in der Bevölkerung vor diesen Tendenzen.

Vor etwas mehr als dreissig Jahren einigten sich drei der grössten politischen Parteien des Landes auf die Grundlagen einer neuen Drogenpolitik, deren Pragmatismus und Wirksamkeit bis heute gerühmt wird. Ein solcher Schulterschluss wäre heute, wo sich viele Schweizer Städte mit drogenbedingten Problemen befassen, auch wieder sinnvoll.

PSYCHOAKTIVE MEDIKAMENTE*

Informieren, schulen und hinreichende Werkzeuge entwickeln

Die Verkaufszahlen von Schlaf- und Beruhigungsmitteln sowie opioidhaltigen Schmerzmitteln sind seit einigen Jahren relativ stabil. Doch gibt die Veränderung des Profils der Personen mit chronischem, d. h. potenziell problematischem Konsum zu denken:

Erstens begeben sich seit einigen Jahren zunehmend junge Menschen unter 25 Jahren mit problematischem Konsum von Schlaf- und Beruhigungsmitteln in Behandlung, in jüngster Zeit betrifft dies auch opioidhaltige Schmerzmittel.

Zweitens scheinen Menschen in Situationen erhöhter Vulnerabilität besonders exponiert zu sein: Betagte, Alters- und Pflegeheimbewohner:innen, Asylbewerber:innen und Häftlinge.

Verbesserte Information und Schulung sowie hinreichende Werkzeuge zu Handen der Fachleute für die Betreuung ihrer Patient:innen sind die zentralen Anforderungen im Kampf gegen den Medikamentenmissbrauch.

Redaktion: Tania Séverin; Markus Meury unterstützt von Alwin Bachmann, Infodrog

* Als psychoaktive Medikamente mit Suchtpotenzial gelten opioidhaltige Schmerzmittel sowie Schlaf- und Beruhigungsmittel oder auch Stimulanzien

1. Aktuelle Situation

Schlaf- und Beruhigungsmittel: Bei Jugendlichen steigend

Stabile Konsumzahlen, weniger Beruhigungs-, mehr Schlafmittel

Die Schlaf- und Beruhigungsmittel (hauptsächlich Benzodiazepine und andere «Z-Medikamente») sind für ihre eindeutigen Indikationen, aber auch für ihr Abhängigkeitspotenzial bekannt. Darum ist es beruhigend, dass sich der chronische, also in den letzten 30 Tagen (fast) tägliche, Schlaf- und Beruhigungsmittelkonsum laut jüngsten Daten aus der Erhebung «Gesundheit und Lifestyle» (2024) zwischen 2022 und 2024 bei 2 Prozent der Gesamtbevölkerung eingependelt hat. Dasselbe gilt für die Seniorinnen und Senioren (ab 70 Jahren) mit einem Anteil von 5 Prozent. Die Zahlen von Interpharma (2023) weisen seit 2015 einen geringfügigen Rückgang beim Verkauf von Beruhigungsmitteln (Benzodiazepine wie Xanax) aus, der durch eine leichte Zunahme bei den Schlafmitteln kompensiert wird.

Verdoppelung der Benzodiazepin-Abgabe bei den 11- bis 20-Jährigen

Der Schweizer Atlas der Gesundheitsversorgung des Obsan bildet bei der Benzodiazepin-Abgabe im ambulanten Bereich, ausser bei den unter 30-Jährigen, ebenfalls einen sinkenden Trend ab. Dagegen hat sich die Abgabe in standardisierten täglichen Dosen in der Altersgruppe der 11- bis 20-Jährigen zwischen 2015 und 2023 fast verdoppelt.

Höhere Betreuungszahlen bei jungen Erwachsenen

Laut dem Monitoring-System act-*info* hat die Zahl der ambulanten Behandlungsfälle wegen problematischem Schlaf- und Beruhigungsmittelkonsum, die 2021 einen Spitzenwert erreicht hatte, wieder abgenommen. Dabei sticht der beunruhigende, über die Jahre stark sinkende Trend beim Durchschnittsalter der Behandlungsnachfrage heraus. Betrug es 2016 noch 47 Jahre, waren es 2023 nur noch 38 Jahre, wobei der Anteil der unter 25-Jährigen stark zunahm.

Bei der stationären Behandlung nahm die Spitalaufenthaltsrate wegen Konsumstörungen im Zusammenhang mit diesen Arzneimitteln zwischen 2012 und 2023 von 1,0 auf 1,8 pro 1 000 Einwohner:innen zu. Diese Zunahme war bei Betagten und dort speziell bei den Frauen besonders ausgeprägt.

Opioidhaltige Schmerzmittel: Immer noch zu viel

Seit einigen Jahren nehmen die Verschreibungen opioidhaltiger Schmerzmittel ab, während die damit verbundenen Spitaleinweisungen zunehmen

Laut den jüngsten Zahlen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (2022) nahmen 26,3 Prozent der Befragten ab 15 Jahren in den letzten 7 Tagen ein Schmerzmittel ein. 20 Jahre zuvor hatte dieser Anteil noch 14,5 Prozent betragen. Doch handelt es sich in den meisten Fällen wahrscheinlich nicht um Medikamente mit Abhängigkeitspotenzial. Laut der Erhebung Gesundheit und Lifestyle (2024) hat weniger als 1 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren starke (in vielen Fällen wohl opioidhaltige) Schmerzmittel chronisch, also in den letzten 30 Tagen (fast) täglich, eingenommen. Daneben nahmen die Spitaleintritte für Störungen wegen opioidhaltigen Schmerzmitteln zwischen 2012 und 2023 leicht, aber kontinuierlich zu.

Die an Arztpraxen, Apotheken und Spitäler gelieferten Mengen solcher Arzneimittel haben sich laut Zahlen von Swissmedic 2023 nach einer längeren Wachstumsphase stabilisiert oder sind sogar zurückgegangen. Der Verband Interpharma meldet, dass die Verkaufszahlen opioidhaltiger Schmerzmittel zwischen 2015 und 2023 zurückgegangen sind. Dies wird durch die Zahlen des Obsan für den ambulanten Bereich bestätigt.

Anabolika: Weit verbreiteter Konsum

Ein Teil der Anabolika-Konsumierenden wird abhängig

Die Anabolika gehören zu den Image and Performance-Enhancing Drugs (IPED), die zur Verbesserung des Aussehens und der sportlichen Leistung eingenommen werden. Laut Schätzungen konsumieren 200 000 bis 300 000 Personen in der Schweiz Anabolika. Das typische Profil sind junge Männer, die Freizeit- und nicht Leistungssport betreiben. In einer Studie aus England wurden 30 % der teilnehmenden Konsumierenden als abhängig bezeichnet.

Mischkonsum bei Jugendlichen

12 Prozent der 15-Jährigen sind von Medikamentenmissbrauch und Mischkonsum betroffen

Laut der Gesundheitsbefragung unter Schulkindern HBSC 2022 haben rund 12 Prozent der 15-Jährigen schon einmal Medikamente «zur Berauschung» oder mit anderen Substanzen gemischt eingenommen. 4,3 Prozent der Jungen und 4,8 Prozent der Mädchen haben psychoaktive Medikamente wie Beruhigungs- oder starke Schmerzmittel eingenommen, um eine psychoaktive Wirkung zu erzielen. Der Konsum von Purple Drank oder Lean, ein Gemisch von (Codein- oder Destromethorphan-haltigem) Hustensirup, Limonade und oft auch Alkohol, betrifft 6,0 Prozent der Jungen und 1,8 Prozent der Mädchen.

Der Mischkonsum von Alkohol und Benzodiazepinen ist besonders bei den bis 18-Jährigen verbreitet

Im Infodrog-Bericht «Kiffen, sniffen, spicken & Co.» werden die nicht repräsentativen Daten des «Fragebogens Freizeitdrogenkonsum» von 2023 ausgewertet. Dabei zeigen sich bei den Konsumgewohnheiten kontrastreiche Entwicklungen. Der Mischkonsum hat über alle Altersgruppen abgenommen. Hatten 2022 noch 76 Prozent der bis zu 18-Jährigen für die vergangenen 12 Monate den Konsum mehrerer Substanzen gleichzeitig vermeldet, lag dieser Wert 2023 noch bei 61 Prozent. Bei den Jugendlichen bis zu 18 Jahren ist das Mischen von Benzodiazepinen mit Alkohol besonders weit verbreitet und betrifft 15 Prozent der Antwortenden. In der jüngsten Altersgruppe (bis 18 Jahre) ist der Benzodiazepin- und Opioid-Konsum immer weiterverbreitet als in der Gesamtstichprobe. Insbesondere gibt ein erheblicher Anteil junger Frauen an, von Benzodiazepinen und Opioiden abhängig zu sein.

Die Jugendlichen hören vor allem auf den Rat von Gleichaltrigen

Eine Online-Studie unter 116 Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren, die durch zwei Gesprächsgruppen ergänzt wurde, hat auch ergeben, dass beim Mischkonsum oft Benzodiazepine mitverwendet werden. Sie zeigt auch, dass sich die Jugendlichen, die sich der Risiken des Konsums zumindest teilweise bewusst sind, hauptsächlich auf die Ratschläge von Gleichaltrigen verlassen, weil sie die Hilfs- und Beratungsangebote als unfreundlich und unzweckmässig erachten.

Neue Phänomene: Pregabalin und Ketamin

Seit einigen Jahren nimmt die Verschreibung von Pregabalin, einem antiepileptischen und angstlösenden Arzneimittel zu. Dieses soll ein grosses Abhängigkeitspotenzial aufweisen, das in anderen Ländern wie England bereits zu Problemen geführt hat. Dieses Phänomen sollte in den kommenden Jahren auch bei uns im Auge behalten werden.

Zudem ist der Ketamin-Konsum in den Fokus gerückt. Laut der nicht repräsentativen Infodrog-Studie «Kiffen, sniffen, spicken & Co.» war hier beim Konsum in den letzten 12 Monaten eine deutliche Zunahme besonders bei den 30- bis 34-Jährigen, etwas weniger bei den 19- bis 24-Jährigen zu verzeichnen. Laut Haaranalysen der Studie z-proso hat der Ketaminkonsum der Studienkohorte von 2,3 Prozent im Jahr 2018 (20-jährig) auf 6,2 Prozent im Jahr 2022 (24-jährig) zugenommen.

Terrain-Feedbacks etwa aus dem Kanton Waadt zeugen von einer zunehmenden Zahl Jugendlicher mit problematischem Ketaminkonsum. Hier wurden auch vier Spitaleinweisungen wegen Ketamin-Entzug registriert, ein absolutes Novum.

Vulnerable Gruppen: Altersheime, Asylwesen, Gefängnisse

Benzodiazepine werden in Alters- und Pflegeheimen und in Spitälern oft verschrieben

Bei der Verschreibung und dem Konsum psychoaktiver Medikamente gilt den vulnerablen Bevölkerungsgruppen besonderes Augenmerk. Die Problematik der Polymedikation und die weit verbreitete Einnahme von Benzodiazepinen und ähnlich wirkenden «Z-Medikamenten» bei Betagten, namentlich in den Alters- und Pflegeheimen, wird regelmässig thematisiert[1].

Ähnliches hat eine Reportage von Tamedia für das Asylwesen festgestellt. Hier werden psychoaktive Medikamente «oft wegen fehlender Ressourcen und Gesundheitsbetreuung» gehäuft verschrieben. Pregabalin wird aber oft auch auf dem Schwarzmarkt bezogen und von einem scheinbar zunehmenden Teil der nordafrikanischen Migranten und Asylbewerber chronisch eingenommen.

Im Strafvollzug hat ein Bericht des Freiburgischen Kantonsarztamts einen deutlichen Anstieg der Verschreibung risikoreicher Medikamente, hauptsächlich Quetiapin und Pregabalin ans Licht gebracht.

[1] Siehe Studie 2024 (https://smw.ch/index.php/smw/article/view/3409/6082), Walliser Studie Nov. 2023 (https://serval.unil.ch/resource/serval:-BIB_931FE55A167C.P001/REF.pdf), https://www.lematin.ch/story/valais-trop-de-seniors-se-font-prescrire-des-medicaments-inappopries-103051621 und https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC8052118/

2. Politik

Nationale Strategie Sucht: Besonderes Augenmerk auf dem Mischkonsum

Der Massnahmenplan 2025–2028 der Nationalen Strategie Sucht, den das BAG im Sommer 2024 im Auftrag des Bundesrats veröffentlicht hat, identifiziert den Mischkonsum bei Jugendlichen als eines von zwei Vertiefungsthemen, dem in den nächsten Jahren besonderes Augenmerk zukommen soll.

Die Formalisierung dieser thematischen Priorität stärkt die Arbeiten, die das BAG schon seit mehreren Jahren leistet, indem es verschiedene Massnahmen finanziert hat, etwa den Bericht des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF) «Wodka, Benzos und Co.», die Situations- und Bedarfsanalyse «Jugendliche mit Medikamenten- und Mischkonsum» von Infodrog, den Leitfaden für Eltern von Teenagern von Sucht Schweiz sowie zwei Nationale Fachtagungen zum Thema in den Jahren 2023 und 2024.

Im Parlament sind mehrere Vorstösse zu Schlafmitteln und opioidhaltigen Schmerzmitteln in Alters- und Pflegeheimen hängig

Im Parlament wurden 2024 mehrere Vorstösse eingereicht und behandelt. Generell zeigt sich der Bundesrat aber wenig empfänglich für die Problematik des Missbrauchs psychoaktiver Medikamente. In seinen Antworten beschränkt er sich darauf, die spezialisierten Betreuungsdienste und den Gesundheitssektor in die Pflicht zu nehmen, um die Qualität der Verschreibungen zu gewährleisten und bedarfsweise Lücken zu schliessen. Der Nationalrat hat aber gegen den Willen des Bundesrats einer Motion von Verena Herzog stattgegeben, die den Bundesrat beauftragt, «Massnahmen einzuleiten, die verhindern, dass in Alters- und Pflegeheimen sowie in psychiatrischen Kliniken Psychopharmaka eingesetzt werden, nur um Bewohnerinnen und Bewohner ruhig zu stellen». Aktuell behandelt werden auch ein Postulat von Manuela Weichelt (24.3305), das einen «Bericht zu chronischer Insomnie» fordert, und eine Interpellation von Ständerätin Maya Graf (24.4071), die «Daten zu Opioidabgabe und Opioidverbrauch in der Schweiz zur Epidemieprävention» verlangt.

Aufruf zur Anpassung der Doping-Gesetzgebung für die Anabolika

Die Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin (SSAM) ist über den zunehmenden Anabolikakonsum besorgt und ruft zu einer Anpassung der Doping-Gesetzgebung auf, damit Menschen mit problematischem Konsum von *Image and Performance-Enhancing Drugs* (IPED) rechtlich, sozial und medizinisch gleich behandelt werden wie Menschen mit anderen Suchtstörungen.

3. Unsere Forderungen

Obschon der Medikamentenmissbrauch seit langem ein bekanntes Phänomen ist, wird er vom Gesetzgeber immer noch ungenügend thematisiert. Was den Mischkonsum betrifft, so birgt dieser Risiken, die eine stärkere Antwort erfordern.

→ Korrekte Information fördern

Es ist problematisch, wie einfach gewisse psychoaktive Medikamente erhältlich sind. Wir unterstützen:

- die Sensibilisierung des Personals im gesamten Gesundheitsbereich, aber auch der breiten Öffentlichkeit mit regelmässigen nationalen Kampagnen;
- die breite Streuung von Ratgebern und Präventionstools für Fachleute, wie diejenigen der FMH oder von Alter und Sucht;
- den Ausbau von Fachschulungen für Gesundheitsfachleute für die wohlinformierte Verschreibung psychoaktiver Medikamente und ihrer Alternativen;
- die Schulung von Lehrkräften, Jugendbetreuenden usw. zu Fragen des Mischkonsums im Sinne der Früherkennung und Frühintervention.

→ Verschreibung und Abgabe effizient kontrollieren

Die Sicherheit und Transparenz bei der Abgabe psychoaktiver Medikamente muss erhöht werden. Dafür sollte die Entwicklung des elektronischen Patientendossiers (EPD) und des digitalen Arztrezepts (e-Rezept) als Chance genutzt werden, um beispielsweise systematisch alle Rezepte samt ihren Erneuerungen zu erfassen. So könnten das Gesundheitspersonal und die Apotheken vor einer Medikamentenabgabe die laufenden Behandlungen und die bereits erhaltenen Medikamente ohne weiteres einsehen.

Die Hersteller werden aufgerufen, Einzeldosen oder Verpackungen für kurze Behandlungsdauern anzubieten.

Die Errichtung eines nationalen Verschreibungs- und Abgaberegisters für psychoaktive Medikamente mit grossem Abhängigkeitspotenzial ist zu prüfen.

Die Onlineshops müssen aufgefordert werden, ihre Verantwortung angesichts des illegalen Handels psychoaktiver Medikamente wahrzunehmen.

→ Kontinuierliche Erhebung von zuverlässigen Daten

Wie andere Märkte wandelt sich auch der Markt der psychoaktiven Medikamente und mit ihm die Konsumgewohnheiten. Darum ist es unerlässlich, in Trendspotting, Monitoring und Forschung zu investieren, um die laufenden Entwicklungen zu erfassen, zu verfolgen und zu verstehen, damit die Akteure im Feld rasch reagieren können. Mit besonderer Sorgfalt verfolgt werden sollte der Pregabalin-, Ketamin- und Anabolika-Konsum sowie die neu auf dem Markt auftretenden Nitazene. Zudem gilt dem Konsumverhalten vulnerabler Bevölkerungsgruppen besonderes Augenmerk.

→ Drug-Checking-Angebote ausbauen

Der Mischkonsum betrifft auch ein äusserst junges Publikum. Bei der Risikominderung sind spezifische Massnahmen zu unterstützen, um Minderjährigen den Zugang zu Drug-Checking-Angeboten zu ermöglichen, wie dies auch die Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EKSN) verlangt.

GLÜCKS- UND GELDSPIEL

Die problematische Nutzung kommt teuer zu stehen

Fragt man die Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren, ob sie in den letzten 12 Monaten an einem Glücks- und Geldspiel teilnahm, antworten 45 % der Befragten mit Ja. Am meisten verbreitet sind die Lotterien.

4,3 % der Bevölkerung (15+) weisen im Jahr 2022 eine problematische Nutzung von Glücks- und Geldspielen auf. Höhere Risiken für eine problematische Nutzung finden sich bei Online-Glücks- und Geldspielen sowie Automatenspielen und Sportwetten. Junge Männer sind besonders betroffen. Gleichzeitig sind junge Menschen massiver Werbung ausgesetzt. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, das Marketing zum Schutz der Spielenden einzugrenzen.

Die Geldverluste der Spielenden nahmen weiter auf über zwei Milliarden Franken zu und erdrückende Spielschulden belasten betroffene Haushalte.

Redaktion: Monique Portner-Helfer; Dörte Petit; Luca Notari

1. Aktuelle Situation

45 % der Bevölkerung in der Schweiz (15+) haben in den letzten 12 Monaten um Geld gespielt, sei es im Rahmen einer Lotterie, Sportwette oder in einem Casino etc. Die Möglichkeiten sind vielseitig. Es gibt heute 21 konzessionierte, aktive Spielbanken, davon bieten 10 legale Online-Angebote an. Darüber hinaus finden sich im Internet zahllose in der Schweiz illegale Angebote. Die Liste der gesperrten Websites wird laufend länger.

Glücks- und Geldspiele werden oft als reine Unterhaltung angesehen. Sie können aber zu einem Kontrollverlust führen, der negative Auswirkungen auf die Gesundheit, Beziehungen und den Alltag hat. In einigen Fällen kann eine problematische Nutzung zu einer Sucht führen. Die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung bedarf indes einer klinischen Diagnose.

4,3 %

der Bevölkerung (15+) nutzen Glücks- und Geldspiele auf problematische Weise.

Daten zur problematischen Nutzung liefert die alle fünf Jahre durchgeführte Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB). Eine solche Nutzung in den letzten 12 Monaten vor der Befragung (letztmals im 2022) bei Personen ab 15 Jahren betrug 4,3 %[1]. In der jüngsten Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen ist der Anteil mit 6,1 % am höchsten.

Eine Auswertung der Daten der SGB von 2022 im Auftrag der Eidg. Spielbankenkommission (ESBK) und der interkantonalen Geldspielaufsicht (Gespa) ergab, dass am häufigsten Schweizer Lotteriespiele gespielt werden, gefolgt von anderen Geldspielen wie Tombolas oder privaten Spielen. Der Bericht bestätigt weiter, dass das Risiko für ein problematisches Spielverhalten bei Online-Glücks- und Geldspielen sowie Automatenspielen höher ist als bei anderen von den Schweizer Spielbanken angebotenen Spielformen.

Werbung beeinflusst die Haltung und das Verhalten.

Eine Studie von Sucht Schweiz, finanziert durch das Programm *Spielen ohne Sucht*, untersuchte, wie die Werbung auf junge Menschen wirkt. Die Literatur-Review zeigt einen Zusammenhang zwischen Werbe-Exposition und einer positiven Wahrnehmung des Glücks- und Geldspiels. Die Fokusgruppe mit 15-Jährigen bestätigte den Befund, dass sie solcher Werbung ausgesetzt sind und ihre Haltung insbesondere gegenüber Sportwetten, die weniger als Glücks- und Geldspiel betrachtet werden, entsprechend beeinflusst wird. Eine weitere Untersuchung der GREA hebt die Bedeutung der Werbung für das individuelle Verhalten und die massive Nutzung sozialer Medien durch die Anbieter hervor.

Illegale Online-Casinos bieten keinerlei Schutz

Zwei im letzten Jahr veröffentlichte Berichte zeigen, dass die in der Schweiz nicht lizenzierten Online-Casinos (ohne Sportwetten und Online-Lotterien) einen Ertrag zwischen 105 und 180 Millionen Franken erwirtschaftet haben.

[1] In der Schweizerischen Gesundheitsbefragung entspricht dies den beiden Kategorien der Studie: «pathologisch» und «risikoreich». In der vorletzten Befragung im Jahr 2017 wurden ähnliche (jedoch nicht gleiche) Fragen zur problematischen Nutzung gestellt. Insofern sind die Daten nur beschränkt vergleichbar, legen aber eine Zunahme nahe.

Laut dem von der Fachdirektorenkonferenz Geldspiele in Auftrag gegebenen Bericht (2022) belief sich der Ertrag auf 105 Millionen, während der Bericht des Schweizer Casinoverbands für das Jahr 2023 einen Betrag von 180 Millionen ansetzt. Zudem wissen mehr als 85 % der Spielenden hierzulande nicht, dass diese Angebote illegal sind und keine Schutzmassnahmen (z. B. Spielsperren) bieten.

Geldverluste der Spielenden nehmen weiter zu

Geldversluste im Jahr 2023 in der Schweiz:

2 066,9 Mio.

Zu den geschätzten Geldverlusten bei illegalen Angeboten kommen die Geldverluste (sog. Bruttospielertrag) der Spielenden bei legalen Schweizer Anbietern. Sie sind nach einem leichten Einbruch im Pandemiejahr 2020 auf über zwei Milliarden Franken (2023: 2066,9 Mio. Fr.[2]) angestiegen. Dieser Zuwachs ist auf die Online-Casinos zurückzuführen.

Die Verluste der Spielenden werden auch für gemeinnützige Zwecke auf kantonaler Ebene sowie für die AHV/IV verwendet. Diese Konstellation bietet Potenzial für Interessenkonflikte. Die Staatsorgane müssen zum einen Spielende vor problematischem Glücks- und Geldspiel schützen, zum anderen werden mit dem Geld der Spielenden gemeinnützige Aufgaben finanziert – was auch zu Werbezwecken genutzt wird. Die Rolle des Regulators beim Spielenden-Schutz wird damit potenziell geschwächt.

Spielschulden belasten betroffene Haushalte

Mit Abstand am höchsten verschuldet sind ehemalige Selbstständige sowie Menschen mit problematischem Glücks- und Geldspiel. In der Kategorie «Spielsucht» der Schuldenberatung Schweiz wird die Schuldenhöhe im Durchschnitt pro betroffene Person auf gut 116 000 Franken beziffert.

14 787

Spielsperren im Jahr 2023

Während vor Inkrafttreten des Geldspielgesetzes jährlich ca. 3 500 neu ausgesprochene Spielsperren dazukamen, steigen diese Sperren ab 2019 markant an. Die Spielbanken und Online-Lotterien rapportieren für das Jahr 2023 insgesamt 14 787 neu ausgesprochene Spielsperren.

Behandlungsnachfrage beim Glücks- und Geldspiel

Das Monitoringsystem act-*info* zeigt auf, dass im Jahr 2023 in der Schweiz 2,4 % der Behandlungseintritte in die teilnehmenden Suchthilfeeinrichtungen das Glücks- und Geldspiel als Hauptproblem betrafen. Das Durchschnittsalter der erfassten Personen – es sind mit 89 % mehr Männer als Frauen – lag bei gut 38 Jahren. Die Anzahl der eingetretenen Personen mit dem Hauptproblem Glücks- und Geldspiel nahm in den letzten Jahren tendenziell zu. Und bei 8,2 % der Beratungen über die Online-Plattform SafeZone waren im Jahr 2024 Glücks- oder Geldspiele ein Thema (inkl. Lotterien und Sportwetten).

[2] https://www.esbk.admin.ch/de/nsb?id=101583 und https://www.esbk.admin.ch/de/nsb?id=101583

2. Politik

Gesetz ist reif für die Evaluation

Während die aktuellen Daten zum problematischen Glücks- und Geldspiel (letzte 12 Monate) aus der SGB 2022 nicht mit den Daten der vorherigen Umfrage vergleichbar sind, ist die in den Umfragen 2017 und 2022 unveränderte Lebenszeitprävalenz der problematischen Nutzung ein wenig aussagekräftiger Indikator. Andere Daten wie die Geldverluste, Spielsperren und Behandlungen deuten vielmehr auf eine Zunahme der Probleme im Laufe der Zeit. Gerade auch aus dieser Optik ist die Evaluation des Geldspielgesetzes umso wichtiger.

Das im Jahr 2019 in Kraft getretene Geldspielgesetz setzt den Verfassungsartikel über die Geldspiele um, den Volk und Stände im Jahr 2012 angenommen haben. Es ersetzte das Spielbankengesetz von 1998 sowie das veraltete Lotteriegesetz von 1923. Online-Geldspiele wie Poker, Black Jack oder Roulette waren damit neu zugelassen, sofern Casinos mit Sitz in der Schweiz sie anbieten.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat eine Begleitgruppe zur Evaluation unter Einbezug der Kantone und Behörden ins Leben gerufen. Die Interessen der Prävention werden durch das Groupement Romand d'Études des Addiction (GREA) in dieser Begleitgruppe vertreten, welches wiederum von einer Gruppe unterstützt wird, in der Sucht Schweiz vertreten ist. Die Begleitgruppe legt mit dem BJ die Themen der Evaluation fest. Dazu zählen:

- die Auswirkungen der Neuregelung im Bereich des legalen Glücks- und Geldspielmarktes sowie die Wirksamkeit der geltenden Regelungen für ausgewählte Spiele
- die Wirksamkeit des Schutzes der Spielerinnen und Spieler vor den Gefahren, die von Glücks- und Geldspielen ausgehen
- die Wirksamkeit der Massnahmen zur Bekämpfung des illegalen Glücks- und Geldspiels.

Mit der Evaluation wird dann eine externe Organisation beauftragt.

Interessenkonflikte vermeiden

Glücks- und Geldspiele (ertragreich) zu verkaufen kontrastiert mit dem Schutz der Spielenden

Beim Glücks- und Geldspiel existieren zahlreiche Interessenkonflikte. Gemäss dem Geldspielgesetz kann eine Veranstalterin von Grossspielen wie die Loterie Romande oder Swisslos einen umsatz- oder ertragsabhängigen Vertrag abschliessen. Diese Art von Vertrag dient auch dazu, Kioskbetreiberinnen und -betreiber, die Sportwetten (z. B. Sporttip / Jouezsport!) oder Scheine für Lotterieziehungen (z. B. Euromillions) verkaufen, zu binden. Je grösser der Umsatz, desto höher die Provision. Gleichzeitig gibt es eine Verpflichtung, gefährdete Spielende zu erkennen, um sie durch eine Beschränkung des Zugangs zum Lotterieautomaten vor einer problematischen Nutzung zu schützen. Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt die SP-Nationalrätin Jessica Jaccoud, diesen Interessenkonflikt auszuräumen und die Rollen der einzelnen Akteure zu klären.

3. Unsere Forderungen

Das Geschäft mit Glücks- und Geldspielen in der Schweiz ist milliardenschwer. Doch Glücks- und Geldspiele sind keine unbedenklichen Konsumgüter. Es braucht deshalb mehrere Massnahmen, um Spielende besser zu schützen.

→ Stärkere Kontrolle des illegalen Angebots

Der Zugang zu Online-Glücks- und Geldspielangeboten muss gemäss Geldspielgesetz gesperrt werden, wenn diese in der Schweiz ohne Bewilligung angeboten werden oder der Betreiber dieser Angebote seinen Sitz im Ausland hat oder diesen verheimlicht. Die Internetanbieter in der Schweiz müssen diese Sperren durchsetzen. Hier braucht es mehr (auch technische) Ressourcen, um Sperrungen vorzunehmen, zumal gesperrte Personen bei illegalen Anbietern weiterspielen können.

→ Identifikation von problematischer Nutzung

Die Betreiber oder Aufsichtsbehörden müssten in der Lage sein, Spielende zu erkennen, die auf mehreren Plattformen spielen, online und offline, sei es in Casinos, bei Lotterien oder Wetten. Derzeit ist dies nicht der Fall, was dazu führt, dass Spielende, die über ihre finanziellen Möglichkeiten hinausgehen, oder andere Anzeichen von problematischer Nutzung haben, unentdeckt bleiben. Casinoübergreifende Ausgaben-Limiten oder landesweit geltende personalisierte Spielerkarten sollten hierzu eingesetzt werden.

→ Werbung darf Jugendliche nicht erreichen

Jugendliche werden sowohl von legalen Anbietern in der Schweiz als auch von illegalen ausländischen Angeboten beworben. Das muss sich ändern. Zur Diskussion stehen das Verbot von Lifestyle-Werbung, von solcher, die Jugendliche erreicht, das Verbot von Promotionsangeboten oder ein Verbot von Werbung für Sportwetten vor und während Live-Übertragungen von Sportereignissen.

Social Media-Kanäle müssten zudem in die Pflicht genommen werden, damit Werbung für illegale Angebote Jugendliche nicht erreicht.

→ Monitoring, sonst droht ein «Blindflug»

Es fehlt an repräsentativen Daten zum Glücks- und Geldspielverhalten und den sozioökonomischen Auswirkungen in der Schweiz. Ein Monitoring-System mit regelmässigen Befragungen sollte so schnell wie möglich implementiert werden, wofür insbesondere Daten der Aufsichtsbehörden und Anbietenden zur Verfügung gestellt werden müssten.

ONLINE-AKTIVITÄTEN

Das Geschäft mit der Aufmerksamkeit: die Hintergründe

Soziale Medien und Videospiele haben viele positive Aspekte. Sie sind aber auch kommerzielle Räume, die manipulative Mechanismen enthalten. Diese animieren dazu, so lange wie möglich dranzubleiben und/oder möglichst häufig Geld auszugeben. Das Geschäft mit der Aufmerksamkeit boomt.

Angesichts des gezielt süchtig machenden Designs gewisser digitaler Produkte und der Tatsache, dass die Industrie sich heute weitgehend selbst regulieren darf, müssen Massnahmen ergriffen werden, um solche Mechanismen zu beschränken. Letztere haben mit herkömmlichen Marketingmethoden nichts mehr gemein.

Redaktion: Monique Portner-Helfer; Marina Delgrande Jordan

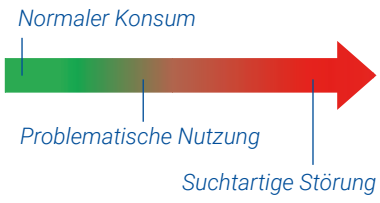
1. Aktuelle Situation

Ein süchtig machendes Design

Nebst all den Vorteilen und Chancen, welche digitale Inhalte mit sich bringen, gibt es auch ein Gefährdungspotenzial. Insbesondere soziale Netzwerke und Videospiele haben viele positive Aspekte, wie z. B. Menschen miteinander zu verbinden. Sie sind aber auch kommerzielle Räume, welche die Nutzer und Nutzerinnen fast uneingeschränkt unerwünschten und manchmal für Jugendliche unangepassten Inhalten (z. B. Gewalt, Pornografie) aussetzen – was nicht ohne Folgen für ihre psychische Gesundheit und ihre Entwicklung bleibt.

Aus Sicht der Suchtprävention sind vor allem folgende Inhalte problematisch: Algorithmen, die Daten über das Verhalten der Nutzer und Nutzerinnen gebrauchen. Sie erhalten damit gezielt Inhalte, mit dem Risiko in Bezug auf Ausgaben und Nutzungszeiten manipuliert zu werden. Dazu kommen Designs mit Glücks- und Geldspiel-Elementen, erwartete Belohnungen durch Interaktionen mit anderen Personen etc. Wie der Synthesebericht einer Nationalen Expert:innengruppe aus Prävention, Beratung, Behandlung und Forschung im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) ausführt, stellt die Aufmerksamkeitsökonomie für die Nutzer und Nutzerinnen eine immer grössere Herausforderung dar. So sind z. B. Mikrotransaktionen in Videospielen, also z. B. kostenpflichtige virtuelle Inhalte im Hinblick auf Spielerfolge oder Währungen, weiterhin im Vormarsch. Zudem vermischen sich Gaming sowie Glücks- und Geldspiele immer mehr.

Tatsächlich ist das Geschäftsmodell der Mikrotransaktionen mittlerweile dominant und besonders profitabel für die Videospielindustrie, insbesondere für Spiele, deren Grundversion kostenlos ist. Die unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Gesundheit am häufigsten thematisierte Form davon sind die Lootboxen. Dies sind in einem Videospiel enthaltene Elemente, die es den Spieler:innen ermöglichen, innerhalb des Spiels – auf eine als zufällig dargestellte Weise – virtuelle Güter zu erhalten, indem sie eine Zahlung in realer Währung leisten. Damit weisen sie einen Geldspielcharakter auf und haben das Potenzial, zur Normalisierung von Glücks- und Geldspielen beizutragen.



Problematische Nutzung kann in eine Sucht münden

Die Grenze zwischen einer unproblematischen und einer problematischen Nutzung wird dann überschritten, wenn die betroffene Person wegen ihrer Online-Aktivität bisherige Interessen oder Verpflichtungen vernachlässigt. Dies kann die psychische und physische Gesundheit erheblich und dauerhaft beeinträchtigen. Die problematische Nutzung kann zudem in eine Sucht münden.

Eine Sucht setzt ihrerseits eine klinische Diagnose voraus. Die Internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erwähnt seit 2019 explizit die Videospiel-Nutzungsstörung (sowie die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung, vgl. separates Modul). Laut ICD-11 kennzeichnet sich eine Sucht durch einen Kontrollverlust über das Spielen, einen zunehmenden Vorrang des Spielens vor anderen Interessen und täglichen Verpflichtungen und die zunehmende Ausübung des Spielens trotz schädlicher Folgen.

ca. 500 000

Menschen üben Online-Aktivitäten auf problematische Weise aus

Ein Anstieg der problematischen Nutzungen

Laut der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) von 2022 sind 6,8 % der Bevölkerung ab 15 Jahren, ca. 500'000 Personen, von problematischer Nutzung von Online-Diensten betroffen, Männer und Frauen gleichermassen (die Befragung gibt jedoch keine Auskunft über die spezifische Online-Aktivität, die ein Problem darstellt)[1]. Die höchste Prävalenz ist bei den 15- bis 24-Jährigen (22,2 %) auszumachen. Junge Menschen nutzen das Internet generell am häufigsten.

Der Synthesebericht zu problematischen Onlineaktivitäten erwähnt eine verstärkte gesellschaftliche Sensibilisierung, die erklären könnte, weshalb die Selbsteinschätzung in der SGB 2022 höher ausfiel als 2017, als 3,8 % der Bevölkerung betroffen waren. Möglicherweise habe die COVID-19-Pandemie den Trend der Zunahme verstärkt.

11 %

der 15-Jährigen weisen eine problematische Nutzung sozialer Medien auf

Probleme bei Jugendlichen

Wie der internationale Bericht zur Schülerinnen- und Schülerstudie HBSC 2022 zum Onlineverhalten zeigt, weisen etwa 11 % der 15-Jährigen in den über 40 teilnehmenden Ländern eine problematische Nutzung sozialer Medien auf. In der Schweiz sind es etwa 7 %, wobei es im Vergleich zu 2018 namentlich bei den Mädchen eine Zunahme gab. Problematisch kann sein, wenn soziale Medien genutzt werden, um vor negativen Gefühlen zu flüchten, wenn man eigentlich weniger Zeit darin verbringen möchte oder deswegen Menschen im Umfeld angelogen hat (HBSC 2022). Im Vergleich zu den Nachbarländern weist die Schweiz 2022 die niedrigsten Anteile von 15-jährigen Jugendlichen mit einer problematischen Nutzung sozialer Medien auf, während Italien die höchsten Anteile hat.

Aufgrund anderer Fragestellungen können beim problematischen Gaming keine direkten Vergleiche mit anderen Ländern gemacht werden. Unter den 15-Jährigen in der Schweiz, die online Videospiele spielen, weisen 3 % eine problematische Nutzung auf. Dies betrifft z. B. den vergeblichen Versuch, weniger Zeit mit Videospielen zu verbringen, zu spielen, um eine negative Stimmung abzubauen oder wenn wegen des Gamens gelogen wird.

Die internationalen Befunde aus HBSC veranlassten das WHO-Regionalbüro für Europa zu einem Appell für gesündere Online-Gewohnheiten unter Jugendlichen.

Behandlungsnachfrage steigend

Das Monitoringsystem act-*info* zeigt auf, dass im Jahr 2023 in der Schweiz gut 2 % der Behandlungseintritte in die teilnehmenden Suchthilfeeinrichtungen die problematische Nutzung von Online-Aktivitäten als Hauptproblem betrafen (aufgrund welcher Online-Aktivität ist dabei nicht bekannt). Mehrheitlich (79 %) handelt es sich um Männer und das Durchschnittsalter liegt bei ca. 27 Jahren. Die Anzahl der eingetretenen Personen mit dem Hauptproblem problematische Nutzung von Online-Aktivitäten nahm in den letzten Jahren tendenziell zu.

Bei 5,1 % der Beratungen über die Online-Plattform SafeZone waren im Jahr 2024 Online-Anwendungen wie Gaming oder Social Media ein Thema.

[1] Dies entspricht den beiden Kategorien «problematische» und «symptomatische» Internetnutzung. Die Schweizerische Gesundheitsbefragung verwendet eine gekürzte Version der Compulsive Internet Use Scale (CIUS).

2. Politik

In jüngster Zeit wurden im nationalen Parlament gleich mehrere Vorstösse eingereicht, die sich mit dem Schutz der Jugendlichen im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken befassen. Dabei geht es u.a. um eine Zugangsbeschränkung zu entsprechenden Plattformen und ein Handy-Verbot an Schulen.

Das Parlament will keine Regeln für Influencer:innen

Eine Motion zur Deklaration von Werbung bei Influencer:innen[2] in der Schweiz wurde im vergangenen September vom Nationalrat abgelehnt. Der Bundesrat wies in seiner Stellungnahme darauf hin, dass solche Werbung in den Anwendungsbereich des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) falle. Die allgemeinen Grundsätze des Gebots von Treu und Glauben im Wettbewerb sowie des Täuschungs- bzw. Irreführungsverbots müssten auch von Werbung betreibenden Influencerinnen und Influencern eingehalten werden.

Im letzten Dezember starteten Vertreter verschiedener Parteien in den sechs Westschweizer Kantonen eine Aktion mit der Absicht, in den Kantonsparlamenten Vorstösse einzureichen. Diese sollen Einschränkungen des Zugangs zu Smartphones oder sozialen Netzwerken während der Schulzeit, aber auch in der ausserschulischen Betreuung und sogar in der Sekundarstufe II fordern.

Debatte über Zugangsalter zu Social Media

Medien berichteten im vergangenen Herbst über den Entscheid in Australien, das Zugangsalter für die Nutzung von sozialen Medien einzuschränken. Bei dieser Debatte geht leicht vergessen, dass die Anbieter eigentlich ein Zugangsalter für ihre Plattformen vorgeben. Doch bei der Umsetzung scheint es zu hapern, wie auch das Zentrum ICT-VS für Mediennutzung im Kanton Wallis festhält.

In-Game-Käufe im Visier der Konsumentenschützer

Mikrotransaktionen werden kritisch hinterfragt

Die europäische Konsumentenorganisation BEUC deponierte im letzten September bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde gegen die Spieleentwickler wegen manipulativer Ausgabepraktiken. In der Schweiz hat die Konsumenten-schutzorganisation FRC (Fédération romande des consommateurs) aus der Romandie Klage beim Staatssekretariat für Wirtschaft Seco eingereicht.

Die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik NAS-CPA hat ein Grundlagen- und Positionspapier mit Empfehlungen für einen wirksamen Schutz in Video-spielen erarbeitet. Neben einem Mangel an Transparenz bei Mikrotransaktionen wird auf fehlende Mechanismen zur Begrenzung und Überwachung der Spielausgaben verwiesen.

[2] Dass Kinder und Jugendliche es lieben, ihren Vorbildern in den sozialen Medien zu folgen, zeigt auch ein JAMES-focus-Bericht. Influencer:innen beeinflussen die Heranwachsenden in ihrer Sicht auf die Dinge und mitunter auch in Haltungen und Werten.

3. Unsere Forderungen

Während die Behörden den Entwicklern und Anbietern von Online-Diensten freie Hand lassen, sind die Nutzer und Nutzerinnen dem gezielt süchtig machenden Design gewisser digitaler Produkte überlassen. Sucht Schweiz sieht in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

→ Gezielte Regulierung gegen Manipulation

Die Politik muss namentlich die Jugend besser schützen, indem sie die manipulativen Mechanismen («dark patterns») von Online-Angeboten reguliert. So braucht es Transparenz über die Gewinnchancen bei Mikrotransaktionen, ein Werbeverbot für Produkte, die Glücks- und Geldspielelemente enthalten, Altersgrenzen mit wirksamer Kontrolle und die Verpflichtung für Influencer und Influencerinnen, die für Videospiele oder Plattformen werben, die darin enthaltenen Glücksspielmechanismen zu deklarieren.

→ Medienkompetenz als zentrale Daueraufgabe

Die Medienkompetenz ist sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen zu fördern. Um die Mediennutzung der Kinder besser begleiten zu können, brauchen Bezugspersonen mehr Kenntnisse über das digitale Angebot. Dazu zählt u.a. das Wissen über die «dark patterns» in Videospielen und sozialen Medien. Wesentlich ist auch, dass Eltern verstehen und berücksichtigen, welche Funktion Videospiele oder soziale Netzwerke für ihren Nachwuchs erfüllen (z. B. Gefühl der Zugehörigkeit, Aufbau der Identität).

Zudem braucht es mehr Sensibilisierung, beispielsweise mit nationalen Kampagnen, um die Gesellschaft auf die manipulativen Geschäftspraktiken der Online-Dienstleistungsindustrie (soziale Medien, Einkaufsplattformen, Videospiele usw.) aufmerksam zu machen.

→ Weiterentwicklung von Früherkennung und Frühintervention

Der methodische Ansatz von Früherkennung und Frühintervention (F+F) muss im Bereich der Online-Anwendungen weiter implementiert werden. F+F hat zum Ziel, erste Anzeichen von Problemen möglichst früh wahrzunehmen. Probleme äussern sich oft «im Stillen», sie sind schwierig zu deuten und erfordern spezifisches Wissen, das idealerweise die Settings wie Schule, Gemeinde etc. berücksichtigt. Dann gilt es, den Handlungsbedarf zu klären, damit geeignete Massnahmen ergriffen und die Betroffenen unterstützt werden können.

Die Expertinnen und Experten, die diese Ausgabe verfasst haben

Jonathan Chavanne - Wissenschaftlicher Mitarbeiter Senior, Illegale Drogen

Marina Delgrande Jordan - Co-Leiterin Forschungsabteilung, Online-Aktivitäten

Gerhard Gmel - Projektleiter Senior, Alkohol

Ivo Krizic - Projektleiter, Medikamente, illegale Drogen

Florian Labhart - Projektleiter Senior, Alkohol

Markus Meury - Mediensprecher

Luca Notari - Projektleiter Senior, Glücks- und Geldspiele

Dörte Petit - Projektleiterin Senior, Glücks- und Geldspiele

Monique Portner-Helfer - Mediensprecherin

Tania Séverin - Direktorin

Rachel Stauffer Babel - Projektleiterin Senior, Tabak- und Nikotinprodukte

Robin Udrisard - Projektleiter, Illegale Drogen

Frank Zobel - Vizedirektor und Co-Leiter Forschungsabteilung, Illegale Drogen

Impressum

Download
www.suchtschweiz.ch/panorama

Herausgeberin
Sucht Schweiz

Sucht Schweiz ist eine unabhängige, gemeinnützige Stiftung mit dem Ziel, Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum psychoaktiver Substanzen und Verhaltensweisen mit Suchtpotenzial zu verhindern und zu vermindern. Wir entwickeln und verbreiten wissenschaftliche Erkenntnisse und konzipieren zielorientierte Präventionsprojekte. Wir setzen uns für wirksame und gegenüber Betroffenen respektvolle suchtpolitische Massnahmen ein.

www.suchtschweiz.ch

Copyright

© 2025 Sucht Schweiz, Lausanne

Alle Inhalte können mit Quellenangabe von Sucht Schweiz weiterverwendet werden.